

Ausgabe Nr. 3 | 2020  
www.cdu-bonn.de



**CDU**

KREISVERBAND BONN

# Union Kurier

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Das Gute in der Krise

Et, hätt  
noch immer  
jot jejangé... 

## Corona und die Folgen

# Was wir aus der Krise lernen können



■ Von Prof. Dr. Jochen Sautermeister, Inhaber der Lehrstuhls für Moraltheologie und Direktor des Moraltheologischen Seminars an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die Covid-19-Pandemie stellt uns vor gewaltige Herausforderungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Sie führt Gesundheitssysteme an ihre Grenzen und manchmal sogar darüber hinaus. Die Schattenseiten einer weltweit vernetzten und interdependenten Wirtschaft werden spürbar. Die Not und das Leid der Betroffenen und die Belastungen für Einzelne und ihre Familien, insbesondere armer, schwacher und besonders schutzbedürftiger Menschen, treten offen zutage.

Aus internationaler Sicht erhält Deutschland viel Respekt und Anerkennung für seinen Umgang mit der Corona-Krise. Man denke an den beeindruckenden Einsatz von medizinischem und Pflegepersonal sowie von Einsatzkräften, an das solide und besonnene Handeln von Regierung und Behörden oder an das verantwortliche und rücksichtsvolle Handeln von Menschen privat und im Beruf. In alledem spiegelt sich der Ernst der Lage wider. Grundlegendes und Wichtiges steht auf dem Spiel.

Krisen fordern zur Unterscheidung und zum Entscheiden heraus. Krisen konfrontieren uns mit der Frage, was für uns wirklich wichtig ist. Das zeigt sich auch in der Covid-19-Pandemie: Welche Prioritäten wollen wir setzen? An welchen grundlegenden Werten und Überzeugungen wollen wir uns orientieren? Was bedeutet es, die Würde eines jeden Menschen zu achten und das menschliche Leben zu schützen? Wie entscheidet man unter medizinischen Knappheitsbedingungen? Wieviel Rücksicht ist auf diejenigen zu nehmen, die besonders gefährdet sind, und um welchen Preis und mit welcher Rechtsabwägung lassen sich Grundrechte für eine gewisse Zeit beschränken? Wie lässt sich nationale Selbstsorge mit europäischer und internationaler Solidarität gut ausbalancieren? Wie lassen sich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Freiheit und Gesundheitsschutz angemessen und verstehbar vermitteln?

Bei solchen Fragen wird deutlich, wie sehr wir gefordert sind, mit Unsicherheiten, Ambivalenzen und Ambiguitäten umzugehen, um die Krise aushalten und gestalten zu können. Dabei geht es auch um Fragen der Identität: Wer bin ich? Wer will ich sein? Wie verstehen wir uns selbst? Wer wollen wir sein und wie wollen wir gut, sinnvoll und gerecht leben? An welchen grundlegenden Orientierungsmarken wollen wir unser Ent-

scheiden und Handeln ausrichten, um unsere Gegenwart und Zukunft möglichst human und gerecht zu gestalten?

Der Krisen-Modus der letzten Wochen hat gezeigt, wie anfällig und verletzlich unsere Gesellschaft ist, nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial und ökonomisch. Er hat aber auch gezeigt, aus welchen persönlichen, sozialen, kulturellen, politischen und materiellen Ressourcen wir schöpfen können und was für uns wertvoll und wichtig ist. Dabei ist manches sichtbar geworden, was zuvor zu selbstverständlich schien. Die Wertschätzung der neuen Helden in Gesundheit und Pflege, im Einzelhandel und anderer sogenannter systemrelevanter Bereiche drückt aus, wie (überlebens-)wichtig Gesundheit, Pflege, Soziales, Ernährung und Bildung für unsere Gesellschaft sind. Ferner zeigt die Corona-Krise, dass Wissenschaft und Forschung doch wichtiger und hilfreicher sind, als Populisten und fake news glauben machen wollen. Und auch die Zustimmungswerte zu einer wertorientierten, wissenschaftsbasierten, transparenten und umsichtigen Politik entlarven Populisten.

Wenngleich sich mittlerweile Verschwörungstheoretiker lautstark zu Wort melden und sich mit anderen Unzufriedenen und Gesellschaftskritikern zusammenschließen, zeigt sich doch, dass das gesellschaftliche und politische Stressmanagement weitgehend funktioniert. Gegen eine soziale „Überhitzung“ gibt es jedoch keine Garantie. Der Einzelne und die Gesellschaft in ihren unterschiedlichen Ebenen sind weiterhin zu Besonnenheit aufgerufen. Was kann dabei helfen?

Zum einen eine Vergewisserung darüber, was für uns und unsere Demokratie wirklich wichtig ist und zählt. Im social distancing wird die Bedeutung von Familie und sozialen Beziehungen zu denen, die einem nahestehen, besonders spürbar. Was Menschen im Gesundheitswesen und in der Pflege leisten, bekommt ein Gesicht. Kreative Ideen und solidarische Maßnahmen zu Hilfe und Unterstützung zeichnen ein Gegenbild zu egoistischer Selbstzentrierung. Die aufgenötigte Verkehrsberuhigung weitet den Blick für die Natur und deren Schonung.

Die Pandemie kann also auch eine Chance bieten, (wieder) zu entdecken, was für uns wichtig ist:



- eine neue Sensibilität dafür, was für Einzelne und die Gesellschaft wirklich von Bedeutung ist und wie wir uns selbst verstehen wollen;
- ein Bewusstsein für die Bedeutung grundlegender Werte (v.a. Solidarität, Fürsorge, Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit, Schutz, Sicherheit und Freiheit),
- eine ideelle und materielle Wertschätzung von Berufen, die der Grundsicherung des Lebens und Zusammenlebens im Gesundheitswesen und Pflege, in Ernährung und Versorgung, in Erziehung und Bildung dienen;
- die Förderung und Anerkennung von Forschung und Wissenschaft für Verantwortung und Gemeinwohl;
- die Bedeutung einer soliden, sich von der Wissenschaft beraten lassenden, besonnenen, transparenten und wertorientierten Politik, die auf die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger und auf politische Bildung setzt;
- ein Bewusstsein für unsere Umwelt und für nachhaltiges Handeln sowie die Überwindung schädlicher Umgangsweisen mit Tieren und Natur;
- die Bedeutung koordinierter und regelbasierter Solidarität und Kooperation zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Pandemien, Klimawandel, Armut und Hunger.
- ein Krisenbewusstsein und eine Risikoethik, die entgegen übersteigerter Machbarkeits- und Kontrollillusionen die bleibende Verletzbarkeit und Begrenztheit des Menschen beachten und vorausschauend agiert;
- eine Besinnung auf die Bedeutung religiöser und spiritueller Quellen, um angesichts menschlicher Begrenztheit und Endlichkeit ökologisch-sozial verantwortungsvoll und hoffnungsvoll zu leben.

## Editorial



Für uns ist diese weltweite Krise eine ganz neue Erfahrung, die bei vielen Angst auslöst. Die Weltwirtschaft ist in eine tiefe Rezession gestürzt und der Ruf nach einem starken Staat wird lauter, um alle Probleme zu bewältigen. Obwohl wir in den letzten Wochen weitgehende Lockerungen bei den Maßnahmen erleben durften, gibt es weiterhin Bewegungen, wo sich Corona-Kritiker zusammenfinden, um gegen das „System“ zu protestieren. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir unsere Sorgen nicht den Verschwörungstheoretikern bzw. Populisten überlassen, sondern seriösen Informationen von Bund und Land vertrauen. Das Funktionieren unseres Rechtsstaates war und ist zu jeder Zeit gegeben. Eine Gefahr für unser Grundgesetz konnte ich zu keinem Zeitpunkt erkennen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat hierzu mehrfach entschieden, dass die Gefahren für Leib und Leben schwerer wiegen als die Einschränkungen der persönlichen Freiheit.

Ich bin froh, dass unsere Bundes- und Landesregierung umsichtig plant, aber den Menschen auch zutraut, dass sie eigenverantwortlich handeln und auf Abstands- und Hygieneregeln achten. Mit dieser Verantwortung können wir umgehen! Das zeigt unsere Zivilgesellschaft, denn viele Menschen setzen sich derzeit für Staat und Gesellschaft ein. Es gibt nun mal leider keine einfachen Antworten in dieser für uns einmaligen Krise, so wie es die Verschwörungstheoretiker gerne hätten. Die Umfragen zeigen ganz deutlich, die große Mehrheit in unserer Gesellschaft ist mit dem Krisenmanagement zufrieden. Zurecht! Auch und gerade in dieser Krise handeln wir nach der Prämisse Maß und Mitte. Wir setzen alles daran, weiter zu einer – wenn auch eingeschränkten – Normalität zurückzukehren.

*Quistos*  
*Satriotis*



Foto: © Jcomp / Freepress.com

## Aus dem Stadthaus

# Gute Aussichten, die Krise zu meistern

Die Corona-Pandemie beherrscht seit vielen Wochen in einem nie dagewesenen Ausmaß unser Leben. Wir alle erleben unvorstellbare Zeiten. Arbeitsplatz- und Existenzsorgen sind allgegenwärtig. Auch wenn so manche Lockerung den Weg zur Normalität weist, so sind wir leider noch nicht am Ziel. Das Virus wird uns noch lange begleiten und wir müssen weiter achtsam sein.

Die Verwaltung hat unter meiner Leitung bereits mit dem Ausbruch der Krise auch deren wirtschaftliche Auswirkungen für die Bonner Bürger/-innen in den Blick genommen. Dazu habe ich unverzüglich mit der Wirtschaft, den Verbänden, Einrichtungen und Institutionen und den Bürger/-innen das Gespräch gesucht. Zusammen mit Land und Bund müssen wir gemeinsam erreichen, dass die Folgen der Krise für die Menschen und Unternehmen in unserer Stadt abgemildert werden. Deshalb haben wir als Verwaltung z.B. für April und Mai auf die Erhebung der Beiträge für Eltern, deren Kinder eine öffentliche geförderte Kindertagesstätte, Kindertagespflegestelle oder Offene Ganztagschule (OGS) in Bonn besuchen, verzichtet. Damit entlasten wir die Eltern von rund 20.000 Kindern, die in dieser außergewöhnlichen Situation besonders betroffen sind. Die Ankündigung des Landes NRW, die Hälfte der Elternbeiträge, die den Kommunen entgehen, zu erstatten, freut mich sehr, schließlich macht allein dieser Verzicht eine Haushaltsbelastung von 2,5 Mio. Euro aus. Darüber hinaus verzichten wir in 2020 auch auf die Erhebung einer Sondernutzungsgebühr für Außengastronomie und Handel. Das macht einen Betrag von über 600.000 Euro aus.

Wer in Bonn nach ausdrücklicher Aufforderung, eine Maske zu tragen, gegen die Maskenpflicht in Bussen und Bahnen oder beim Einkaufen verstößt, muss mit einem Bußgeld in Höhe von 100 Euro rechnen. Die Bußgeld-Regelung gilt im gesamten Regierungsbezirk Köln. Die eingenommenen Bußgelder werden

aber nicht dem Haushalt zugutekommen, sondern wir lassen sie zurückfließen an Institutionen, die wegen der Corona-Krise in Not geraten sind.

### **Vorhandene Prozesse beschleunigt!**

Die Corona-Krise hat unmittelbare Auswirkungen auf das Arbeitsleben der Beschäftigten in der Verwaltung. Wir haben als Verwaltung heute 1.353 Telearbeitsplätze, davon haben wir allein 634 im Zuge der Corona-Krise neu eingerichtet. Die Digitalisierung der Arbeitsprozesse nimmt durch diese Form des Arbeitens in einem deutlich höheren Tempo zu. Ich fände es gut, wenn in Zukunft Video- oder Telefonkonferenzen einige Meetings oder Dienstreisen dauerhaft ersetzen würden, da sie geeignete Alternativen des persönlichen Austauschs im Berufsleben sind. Sie sparen Zeit und Geld und sind nachhaltig.

Neben der Ausweitung des Homeoffice haben wir in der Verwaltung eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten vorgenommen. Bereits vor der Corona-Zeit war das Arbeiten unabhängig vom Arbeitsort in weiten Teilen der Verwaltung von 6:30 bis 19:00 Uhr möglich. Dieser flexible Arbeitszeitrahmen wurde jetzt noch mehr ausgeweitet und zwar von 6:00 bis 20:00 Uhr. Dadurch haben wir ein noch höheres Maß an Flexibilität geschaffen, was der persönlichen Situation der Beschäftigten z.B. bei Fragen der Kinderbetreuung entgegenkommt.

### **Engagement wertschätzen!**

Sehr dankbar bin ich für das vielfältige Engagement aller Helfer/-innen, Ärzte/-innen und Pflegekräfte. Es ist sehr zu wünschen, dass die Wertschätzung für diese Personengruppen auch nach der Krise in demselben Umfang erhalten bleibt, wie es aktuell der Fall ist. Schließlich sind sie auch sonst für uns sieben Tage in der Woche rund um die Uhr im Einsatz. Ich werde mich deshalb im Rahmen meiner Möglichkeiten für eine Situationsverbesserung bei den Pflegekräften einsetzen. Mitnehmen möchte ich aus der Krise auch das umfassende Gemeinschaftsgefühl, die Solidarität und Hilfe untereinander, die unsere jetzige Situation prägen. Wir wollen und ich bin mir sicher wir werden aus der Krise als gestärkte Gemeinschaft in unserem Bonn hervorgehen. Daran arbeite ich mit aller Kraft.

Ihr  
**Ashok Sridharan**  
Oberbürgermeister



Aus dem Europäischen Parlament

# Tracking App zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

■ Von Axel Voss MdEP

Die sogenannte Corona-App ist seit einigen Wochen in aller Munde. Durch eine solche App auf unserem Smartphone soll es viel besser möglich werden, Infektionsketten aufzuspüren, zu durchbrechen und automatisiert dokumentiert zu bekommen. Soziale Distanzierungsmaßnahmen können die Infektionen zwar abflachen, sind aber nicht ausreichend, um dauerhaft die Beschränkungen des Öffentlichen Lebens geringer zu halten. Und die App kann noch mehr. Es geht auch um die Möglichkeit der Warnung möglicher infizierter Personen und die Analyse der Wirksamkeit restriktiver Maßnahmen. In Südkorea und Singapur hat sich gerade der dritte Aspekt zur Bekämpfung der Krise bewährt.

enorm vereinfachen und darauf basierend gemeinsame dauerhafte Exitstrategien für die ganze EU ermöglichen. Wir wollen ja auch unsere Grenzen wieder dauerhaft öffnen können.

Der Datenschutz ist beim Einsatz von Tracking Apps ein zentraler Aspekt, weshalb EU-Standards in jedem Fall eingehalten werden müssen. Das habe ich als zuständiger rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion in der Plenardebatte in Brüssel Mitte Mai ganz deutlich gemacht. Wir müssen sicherstellen, dass die Daten nur zum Zweck der Virusbekämpfung auf europäischer Ebene zentral gesammelt, anonym erfasst und zeitlich auf die Coronakrise begrenzt genutzt werden. Datenschutz-



Die Nutzung einer solchen App ist freiwillig. Eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung ist jedoch die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg. Rund 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger müssen die App wohl nutzen, damit sie aussagekräftige Daten liefern kann. Aber auch wenn schon 30 Prozent die App verwenden, hätte das einen signifikanten Effekt sagen die Wissenschaftler. Auch Forscher einer Oxford-Studie sind sich einig, dass schon bei niedrigen Nutzungszahlen die Ansteckung gesenkt werden kann. Wissen bedeutet im Kampf gegen das Virus Macht. Es geht also um das Verantwortungsbewusstsein von uns allen für uns alle!

Im Kampf gegen Covid-19 brauchen wir einen europäischen Ansatz zur Verfolgung von Infektionsketten über die Tracking App. Wichtig ist, dass diese Apps über europäische Grenzen hinweg funktionieren und miteinander kompatibel sind. Die technischen Möglichkeiten, Daten anonym und im Einklang mit unseren bestehenden Datenschutzgesetzen zu sammeln, sind bereits vorhanden. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen: Eine gemeinsame Auswertung der gesammelten Daten auf europäischer Ebene würde eine Analyse der national vorgenommenen Maßnahmen im Kampf gegen das Virus

behörden sollten die Verarbeitung der Daten kontrollieren, um Vertrauen in der Bevölkerung und die Akzeptanz für die Nutzung dieser Apps zu schaffen.

Die Bundesregierung hat sich für eine dezentrale Datenverwaltung bei der App entschieden. Ein dezentraler Ansatz bedeutet, dass die Daten, die IDs und die relevanten Kontakte, nicht alle zusammen auf einem zentralen Server zusammengeführt werden, um sie dort miteinander abzugleichen. Stattdessen werden die IDs erst einmal nur auf den Smartphones der Nutzer gespeichert, also lokal. Es gibt also keinen zentralen Server, der die IDs von Personen kennt, die Kontakt mit einer positiv getesteten Person hatten.

Ich bin überzeugt von der hohen Wirksamkeit einer Tracking App in dieser noch nie da gewesenen Pandemiesituation auf der ganzen Welt. Lassen Sie uns gemeinsam werben, um diese App zum Erfolg für uns alle machen zu können.

[www.axel-voss-europa.de](http://www.axel-voss-europa.de)

Foto: © Frank Beer

# Wie schwer hat die Krise die Bonner Unternehmen getroffen?

■ Interview mit **Dr. Hubertus Hille**, Geschäftsführer der IHK Bonn/Rhein-Sieg und **Guido Déus MdL**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion NRW

**Herr Dr. Hille, die IHK Bonn/Rhein-Sieg hat eine sogenannte „Corona-Hotline“ eingerichtet. Welchen Herausforderungen sahen sich die lokalen Unternehmen gegenüber?**

**Hille:** Sie haben eben das Wort Vollbremsung benutzt. Ich finde das trifft den Nagel auf den Kopf. Man kann sich die Folgen vorstellen, wie eine Vollbremsung unter quietschenden Reifen. Das ist das, was viele Branchen und Unternehmen hier in unserer Region erlebt haben – ob in der Reisebranche, Gastronomie und Hotellerie, Einzelhandel, Sportzentren etc. Nicht zu vergessen unser Beethovenjubiläum, bei dem alles von heute auf morgen auf Null gestellt wurde. Das ist natürlich schon eine Katastrophe, wenn man sich vor allem vor Augen führt, dass ein Unternehmen mit immer gleich 40 oder 60 Beschäftigte hat, sondern wir auch sehr viele Kleinstunternehmer oder Solo-Selbstständige im Kammerbezirk Bonn/Rhein-Sieg haben. Wenn etwa 30.000 Solo-Selbstständige keinen Umsatz erwirtschaften, dann fehlt bei denen auch etwas im Portemonnaie, wovon sie normalerweise ihre Lebensmittel, Miete etc. zahlen würden. Insofern war es schon sehr wichtig, dass Bund und Land eine Soforthilfe eingerichtet haben. Das hat auch sehr schnell funktioniert. Wir sind sehr dankbar dafür, dass das Land bei dieser Soforthilfe des Bundes noch einmal aufgestockt hat und zusätzliche Mittel bereitgestellt hat. Es gab auch eine sehr gute Arbeitsteilung. Wir hatten innerhalb von wenigen Tagen einige Tausend Anrufe bei uns in den Call-Centern – die Hälfte unserer Belegschaft wurde kurzfristig geschult und in eine „Corona-Hotline“ geschaltet. Da gab es natürlich ganz viele verzweifelte Anrufer, die nicht wussten, wie sie ihren Mitarbeitern am Monatsende das Gehalt überweisen sollten. Viele wussten nicht, wie sie das alles bestreiten sollen – das waren dramatische Situationen. Andere waren auch eher abgeklärt und haben sehr schnell Kurzarbeit und dann Soforthilfe beantragt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich für eine digitale Antragsmethode entschieden hat und alles – sagen wir – „quick and dirty“ durchführen können. Das war auch am Anfang super. Da haben die ersten Unternehmen am Freitag das Geld beantragt und am Dienstag oder Mittwoch der Folgeweche war dann schon das Geld auf dem Konto. Das ging Ruck Zuck bis zu dem Zeitpunkt, als sich digitale Betrüger ans Werk machten und versucht haben von diesem Geld etwas abzubekommen.

**Déus:** Es war uns extrem wichtig mit den Soforthilfen schnell tätig zu werden und man soll sich nicht selber loben, aber das ist dem Land NRW wirklich in einem besonderen Maße sehr schnell gelungen, wenn auch zwischenzeitlich mit manchen Schwierigkeiten. Ich glaube, wir liegen inzwischen bei etwa 92 Prozent der Anträge, die bearbeitet worden sind, aber man muss sich natürlich auch die Einzelschicksale klar machen. Ich will da auch den Problemkreis der Solo-Selbstständigen ansprechen, wo nämlich die Bedingungen geändert worden sind, weil der Bund es von uns verlangt hat. Am Anfang war für die Solo-Selbstständigen auch die Unterstützung für ihren Lebensunterhalt aus Sicht der NRW-Landesregierung gesehen worden, aber dann hat der Bund gesagt: ‚Hört mal das ist unser Programm und wir wollen

einheitliche Bedingungen, so geht das nicht.‘ Aber nicht jeder Solo-Selbstständige hat laufende Mietkosten oder hohe Verbindlichkeiten, sondern er ist selbst sein eigenes Kapital, was unterhalten werden muss. Insofern will ich nicht verhehlen, dass es auch Schwierigkeiten gegeben hat. Unterm Strich glaube ich aber, dass wir sehr schnell gut aufgestellt waren und auch in einem hervorragenden Zusammenspiel mit der IHK und vielen anderen kommunalen Spitzenverbänden ganz eng Schulter an Schulter gearbeitet hat. Das hat mir auch gezeigt, dass unsere parlamentarische Demokratie auch in Krisenzeiten funktioniert. Denn das ist eine Situation, die niemand von uns schon einmal vorher erlebt hat. Ich denke auch, dass die vielen Aktionen im ehrenamtlichen Bereich sehr viel Hoffnung spenden. Das ist ein Thema, wo man unglaublich viele Erfahrungen und auch Lehren für die Zukunft sammeln konnte und immer noch kann.

Eine allgemeingültige Lehre ist sicher, dass globale Produktionsketten in Krisenzeiten gerade im medizinischen Bereich zu Versorgungsengpässen führen können, ebenso wie die „Just-in-Time“-Produktion der Wirtschaft. Manchmal ist es gut, wenn man sich auch ein Polster ansammelt.

**Herr Dr. Hille, wie schätzen Sie die Situation für Bonn ein? Welche Lehren werden die lokalen Unternehmen ziehen?**

**Hille:** Eine ganz wichtige Lehre ist die Digitalisierung. Es gibt einige Unternehmen, die jetzt durchaus von der Krise profitieren, z.B. Anbieter von Videokonferenzsystemen oder Home Office Software. Die werden momentan sicherlich ein gutes Geschäft machen. Generell werden Unternehmen sicherlich verstehen, dass die Digitalisierung auch ein zweites Standbein sein kann. Nehmen wir z.B. den inhabergeführten Einzelhandel in den Innenstädten. Die haben jetzt dadurch, dass der „Lockdown“ so lange bestand, gesehen, dass dieses zweite Standbein in solchen Situationen ganz besonders wichtig ist (Stichwort Online-Shop). Ein anderes Beispiel sind die vielen Restaurants, die jetzt vielleicht selbst Lieferdienste entwickelt haben, damit sie überhaupt noch ein wenig Umsatz machen. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Erfahrungen auch weiter in die Zukunft getragen werden und einige Restaurants diese Liefermöglichkeiten dann auch garnicht mehr abschaffen werden.

Diese Krise kann man nicht nur als Bedrohung, sondern auch ein Stück weit als Chance sehen, um sich moderner, schneller und sicherer aufzustellen.

**Mit Blick auf die langfristigen Entwicklungen wird momentan auch oft der Ruf nach Konjunkturprogrammen laut. Was halten Sie von staatlich finanzierten Gutscheinen für den Einzelhandel nach dem Vorbild von amerikanischen Corona-Schecks?**

**Hille:** Der Ruf nach einem starken Staat ist ja jetzt im Moment kaum zu überhören. Da war es gut, dass wir in Deutschland in der Vergangenheit in unserer staatlichen Finanzpolitik eine solide

Haushaltsführung verfolgt haben. Das war eine richtige Finanzpolitik, denn jetzt brauchen wir dieses staatliche Geld, um uns auch wieder neu verschulden zu können und den verschiedenen Anspruchsgruppen eben auch die Hilfe zukommen zu lassen.

Wir haben da zwei Optionen: Entweder wir helfen den Branchen und den Unternehmen jetzt nicht. Dann würden wir langfristig aber nur noch größere Unternehmen stärken. Die Bundesregierung hat aber schon entschieden, dass sie das nicht möchte. Das heißt die andere, und aus meiner Sicht bessere Alternative, ist, dass wir uns jetzt als Gesamtgesellschaft verschulden, um die Menschen auch vor Arbeitslosigkeit zu schützen und vor dem unternehmerischen Tod zu bewahren. Wir müssen natürlich bedenken, dass der Staat kein Goldesel ist, der auf Knopfdruck die Dukaten auswirft. Das muss jetzt alles mit einem gewissen Augenmaß unternommen werden.

Das amerikanische Modell der Corona-Schecks käme insbesondere dem Handel zugute. Für welche Form der Konjunkturprogramme wir uns aussprechen würden, haben wir in der IHK Organisation noch nicht abschließend geklärt, aber sie sollten in jedem Fall investiv sein. Das heißt wir sollten versuchen, staatliches Geld in die Wirtschaft und die Beschäftigung hineinzupumpen, welches auch nicht nur für konstruktive Zwecke genutzt wird. Vielleicht können wir die Investitions- und Konjunkturprogramme so gestalten, dass etwas aufgebaut wird, was dieses Land auch in der Zukunft voranbringt. Denken Sie an die Digitalisierung oder Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Es gibt ganz viele investive Maßnahmen, die auch als Konjunkturprogramm tauglich sind, damit Firmen stabilisiert werden. Das positive an solchen Programmen ist aber vor allem, dass wir in fünfzehn oder zwanzig Jahren auch einen „return“ dieser Investitionen in der Volkswirtschaft zu erwarten haben und deswegen sind wir auch stärker dafür, dass wir Konjunkturprogramme so aufziehen, anstatt einzelne Branchen oder einen einzelnen Wirtschaftszweig mit Geldern besonders bedenken.

### **Die quasi chronisch klammen Kommunen trifft die Krise ebenfalls sehr hart. Halten Sie eine Tilgung von kommunalen Altschulden jetzt gerade für sinnvoll?**

**Déus:** Das ist eine der schwierigsten Fragen mit denen ich mich beschäftige, seit ich Landtagsabgeordneter geworden bin. Jetzt sind wir in eine Krise geschlittert, die uns zusätzlich zu den Altschulden auch noch Neuschulden hinzufügen wird. Deshalb ist dieser Punkt ganz klar etwas, um das wir uns noch weiter verstärkt kümmern müssen. Unser Ministerpräsident Armin Laschet hat dazu erklärt, dass das Land hier einen finanziell substantiellen Beitrag leisten wird, aber wir sehen auch den Bund in der Pflicht. Der Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat da viel in den Raum gestellt und versprochen, aber bisher keine Konzepte auf den Tisch gelegt, über die gesprochen wird. Ich will jetzt kein „Schwarzer-Peter-Spiel“ betreiben, aber klar ist, dass wir das Problem der kommunalen Altschulden lösen müssen. Auch deshalb weil mehrere Generationen mit den Auswirkungen zu tun haben werden. Ich stimme Herrn Dr. Hille da ausdrücklich zu, dass wir Nachhaltigkeit auch in Richtung der Konjunkturprogramme denken müssen und die Wirtschaft unterstützen. Wir müssen uns jetzt intensiv mit den Feldern beschäftigen, die wir ohnehin vor der Brust hatten, z.B. Digitalisierung, Energiewende etc., damit wir diesen „return of invest“ eben auch erleben und sich das Geld nicht einfach nur in den Konsum verabschiedet.

Bei den Kommunen ist es so, dass wir nach den ersten Sofortprogrammen, wirtschaftlichen Hilfen und Steueraussetzungen



**Dr. Hubertus Hille**



**Guido Déus**

und -stundungen festgelegt haben, dass die Kommunen unter einen Rettungsschirm des Landes kommen. Das muss jetzt weiter ausgearbeitet werden. Wenn wir über neue Lockerungen oder Hilfen sprechen, dann kommen auch direkt die Detailfragen, die natürlich noch keiner in diesem Moment beantworten kann, weil das eine politische Erklärung ist. Dahinter hängen dann jede Menge Verfahrensordnungen etc., aber da sind bereits ganz viele Dinge angestoßen worden.

Wir wissen, dass die Kommunen diejenigen sind, die an erster Front stehen und das ausbaden müssen, was Bund und Land beschlossen haben. Alle Verordnungen und Regeln müssen hier auf unterster Ebene umgesetzt werden und das bringt natürlich erhebliche Schwierigkeiten und Aufwand mit sich. Dem sind wir uns bewusst und versuchen dort zu helfen und zu unterstützen, wo es Bedarf gibt.

### **Was wünschen Sie sich für die Zukunft?**

**Hille:** Ich wünsche mir, dass diese Schritte in der Wirtschaft weiter mutig gegangen werden. Ich höre, dass die Terminkalender der Friseure zum bersten voll sind, also bei denen wird das Geschäft jetzt wieder anlaufen und wahrscheinlich auch so bleiben. Aber es gibt auch andere Branchen, die noch nicht so optimistisch sind, auch wenn die Hotels, Restaurants und der Einzelhandel wieder öffnen durften, sind die Menschen zurückhaltend. Im Moment sagen uns die Einzelhändler, dass das Konsumverhalten deutlich zurückhaltend ist und sich die Menschen einfach noch nicht trauen, weil sie über ihre eigene Zukunft noch im Ungewissen sind. Wir müssen dazu kommen, dass alles was möglich ist, immer unter Beachtung der Abstands- und Hygieneregeln, erlaubt sein sollte. Dann werden wir hoffentlich wieder auf einen Pfad kommen, wo die Menschen Mut fassen und Sicherheit bekommen und auch Unternehmen wieder optimistischer in die Zukunft blicken können.

**Déus:** Wir haben trotz erster Lockerungen noch einen sehr langen Weg vor uns. Das muss uns bewusst sein. Wir werden immer wieder nachsteuern müssen. Mein Wunsch für die Zukunft ist, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer die Innovationskraft und die guten Ideen, die sie in dieser Krise gehabt haben, für sich als Maßstab beibehalten. Die Dinge, die da angegangen worden sind und wo Unternehmerinnen und Unternehmer unter Beweis gestellt haben, dass sie sich flexibel auf Situationen einstellen können, beibehalten werden. Ich wünsche mir genau so, dass auch dieses Gefühl des Miteinanders und der Rücksichtnahme bleibt. Denn darum ist es ja im Endeffekt gegangen bei den ganzen Versuchen, die Gesundheit als oberstes Gut zu sehen und die Wirtschaft erst nachrangig. Das Bewusstsein, dass dieses Miteinander und der Schutz der Älteren besonders wichtig sind, das sind auch ermutigende Zeichen in der Krise.

## Glaube tut der Gemeinschaft gut

■ Von Pfarrer Oliver Ploch, evangelische Thomas-Kirchengemeinde Bad Godesberg



In der Christuskirche in Bonn-Bad Godesberg hatten wir schon im vergangenen Jahr Kameras installiert. Aber wir hatten sie vor der Corona-Krise noch nie für eine Online-Gottesdienstübertragung genutzt. Da kam plötzlich das Versammlungsverbot.

So filmten wir spontan noch am Samstag, den 14. März einen kurzen Gottesdienst und stellten ihn ins Netz. Das Video wurde in kürzester Zeit von weit über 2.500 Menschen gesehen und wir fragten uns: Was war da geschehen? Eine solche Zahl schaffen wir sonst nur am Heiligen Abend in drei Gottesdiensten hintereinander. Die vielen positiven und dankbaren Rückmeldungen haben die Mitarbeitenden unserer Kirchengemeinde natürlich sehr erfreut.

Was verursacht das hohe Interesse und was hat es zu bedeuten? Steckt hinter der Krise ein neu erwachtes Interesse an Spiritualität? Eine Rückkehr zur vergessenen und oft belächelten Tradition der christlichen Kirchen? Ich bin unsicher. Aber schön wäre es schon. Warum sollten wir auf eine Hoffnung verzichten, die schon unsere Vorfahren durch schwere Zeiten trug?

Viele haben zumindest das Fragen wieder neu gelernt: Was ist wesentlich in meinem Leben? Was hält diese Gesellschaft zusammen? Woher komme ich und wohin gehe ich und was ist der Sinn dazwischen? „Not lehrt beten“ – so sagt der Volksmund. Aber stimmt das wirklich? Notzeiten können zum Glauben führen. Eine Krise kann aber auch an Gott verzweifeln lassen. Ich will nicht glauben, dass Gott das Elend schickt, um mit uns in Kontakt zu kommen.

Was ich aber wahrnehme ist, dass viele durch ihre Dankbarkeit Gott neu entdecken. Gemeinschaft und Solidarität werden neu durchbuchstabiert.

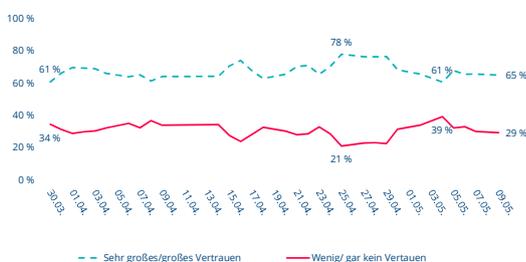
In diesem Jahr gedenken wir des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus. Millionen Tote waren zu beklagen und unser Land musste aus Trümmern wieder aufgebaut werden. Als die Kriegsgefangenen durch die Bemühungen von Konrad Adenauer in den Bahnhöfen ankamen, lagen sich die Menschen in den Armen und sangen: „Nun danket alle Gott, mit Herzen, Mund und Händen“ Ein Choral, der wie ein Gebet durchs Land schallte. Es rührt heute noch zu Tränen, wenn man die Bilder von damals sieht.

Auch wir haben Grund, um dankbar zu sein. Wir sind bislang gut durch die Krise gekommen. Wir hatten in Deutschland keine Verhältnisse wie in Wuhan, Bergamo oder New York. Es gab keine Notwendigkeit zur Triage und keine Notlazarette in leeren Flughafenhallen. Das hat auch mit einer verantwortungsvollen Politik und vielen besonnenen Bürgerinnen und Bürgern zu tun. Wie schön, in einem solchen Land leben zu dürfen. Ich weiß, dass die Krise noch nicht vorbei ist und die Folgen noch nicht abgesehen werden können. Aber wie sagte die Kanzlerin einst: „Wir schaffen das!“. Es ist ein Satz der Zuversicht und des fröhlichen Glaubens. Diesen Glauben wünsche ich mir und Ihnen.

### Vertrauen

Bitte sagen Sie mir, wie viel Vertrauen Sie in diese haben:  
**Bundesregierung**

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte (n(max)=79 n(min)=35)

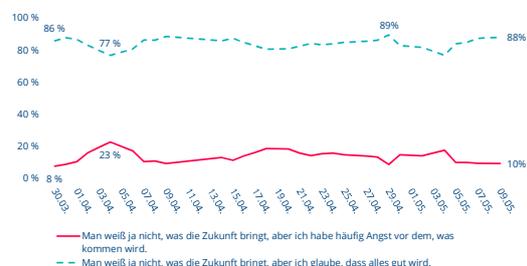
USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



### Krisenwahrnehmung

Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte (n(max)=79 n(min)=35)

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



„Das Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine repräsentative Trendumfrage, die seit dem 30. März 2020 regelmäßig durchgeführt wird, um die Dynamik im Meinungsklima zur Corona-Krise zu erfassen. In der Erhebung vom 14. Mai 2020 sieht man insbesondere, dass das Vertrauen in die Institutionen wieder angestiegen ist.“

**HINWEIS:** Schwankungsunterschiede zwischen den einzelnen Erhebungstagen werden durch die Berechnung von „gleitenden Mittelwerten“ ausgeglichen. Dazu werden jeweils die zwei vorherigen Tage für die Gewichtung des jeweils dritten Tages genutzt. Das verwendete Verfahren zur Berechnung der gleitenden Mittelwerte wurde in der fünften Woche angepasst, da es durch Rundungsfehler zu Abweichungen in der Addition zu Werten von über 100 Prozent kommen konnte.“

Aus der Ratsfraktion

## Kommunales Krisenmanagement birgt Chancen

■ Von Alfred Giersberg, gesundheitspolitischer Sprecher der Ratsfraktion

Foto: © Tobias Koch

Die Corona Krise wirkt sich im täglichen Leben von uns allen aus. Auch in der Kommunalpolitik hinterlässt Corona seine Spuren. Seit März gab es keine Präsenzsitzungen mehr, da alle Stadtrats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungssitzungen derzeit in Bonn – wie in anderen Städten und Gemeinden auch – abgesagt sind. Auch sonstige Termine und Lehrveranstaltungen mussten abgesagt werden.

Das ist zum Schutz unserer Gesundheit absolut richtig. Aber wenn Zusammenkünfte, Versammlungen und Sitzungen nicht stattfinden können, dann müssen wir neue Wege gehen, um Meinungen und Ideen auszutauschen. Die Parteien haben eine wichtige Funktion in unserem demokratischen Gemeinwesen – auch oder gerade in besonderen Zeiten wie diesen ist gelebte Demokratie wichtig.

Natürlich sind das persönliche Gespräch und die intensive Diskussion in Präsenzsitzungen durch nichts zu ersetzen, aber wenn diese Form nicht möglich ist, so brauchen wir eben Alternativen. Ich habe in diesem Zusammenhang angeregt, dass – sollte die Kontaktsperre längere Zeit andauern – im Stadtrat die neuen Techniken freiwillig auch in Zukunft eingesetzt werden. Ich bin fest überzeugt und will erreichen, dass auch in den Zeiten ohne Corona die Diskussion und die Meinungsbildung in unserer Stadt über neue Wege sichergestellt werden.

Aus meiner Sicht hat diese Technik einen entscheidenden Vorteil: Sie diszipliniert und spart Zeit. Meine Erfahrung aus den ersten Konferenzen dieser Art ist, dass viele Wortbeiträge sich auf das wesentliche konzentrieren und Themen nicht unnötig in die Länge gezogen werden. Auch spart man sich die Zeit der An- und Abreise, der Parkplatzsuche etc.. Durch digitale Angebote wird das politische Ehrenamt sogar aufgewertet und attraktiver, da unabhängig vom äußeren Rahmen sichergestellt ist, dass man zu guten Ergebnissen kommt. Vielleicht können so auch mehr jüngere Menschen für ein Ehrenamt in der Kommunalpolitik gewonnen werden. Selbstverständlich ist, dass die Öffentlichkeit über alle Entscheidungen vollumfänglich informiert wird.

**Als gesundheitspolitischer Sprecher meiner Fraktion** kann ich mich zur aktuellen Situation und dem Vorgehen des Oberbürgermeisters sowie der Bonner Stadtverwaltung (Gesundheitsamt) nur lobend äußern. Die für uns und Bonn so wichtigen Entscheidungen sind klug und vorausschauend getroffen worden. In einer Stadt wie der unsrigen, die viele Krankenhäuser hat (weltweit an zweiter Stelle nach Tel Aviv was Krankenhausbetten pro Einwohner angeht), wohnt man in diesen Zeiten gerne.

Die Informationspolitik unserer Stadtverwaltung war vorbildlich und ich fühlte mich gut und qualifiziert informiert.



Foto: Anne Chaperon





## Krise und Gesundheit

# Rolle des BfArM in der aktuellen Pandemie

■ Von Prof. Dr. Karl Broich, Präsident des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) spielt in der gegenwärtigen Pandemiesituation mit dem SARS-Cov-2-Virus eine wichtige Rolle in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Gesundheit oder auch Partnerbehörden wie dem Robert Koch-Institut und der europäischen Zulassungsbehörde EMA.

Aktuell beraten wir prioritär und mit Einsatz vieler Ressourcen zu möglichen Therapieansätzen mit neuen aber auch älteren Arzneimitteln. In Rekordzeit haben wir klinische Prüfungen zu Arzneimitteln mit Potential der Wirksamkeit gegen das SARS-Cov-2-Virus genehmigt, dabei immer den Patientenschutz trotz allen Drucks im Auge behaltend. Vieldiskutiert ist dabei z.B. das Virustatikum Remdesivir, das ursprünglich gegen Ebola entwickelt worden ist. In Deutschland haben wir vier klinische Prüfungen mit Remdesivir genehmigt, ebenso ein Härtefallprogramm, in dem Patienten mit schwerer Covid-19-Erkrankung in Krankenhäusern auch ausserhalb der klinischen Studien schon mit Remdesivir behandelt werden können. BfArM-Assessoren beurteilen aktuell die ersten Daten aus diesen Remdesivir-Studien für die EMA, die vielversprechend aussehen. Wenn sich das weiter bestätigt, könnte hier sogar bald eine Zulassung unter bestimmten Bedingungen erfolgen. Daneben werden öffentlich immer wieder auch schon zugelassene Wirkstoffe ohne solide Datenbasis diskutiert. Bei unkritischem Einsatz können diese zum Teil aber gravierende Nebenwirkungen auslösen, weswegen wir auf unserer Webseite ([www.bfarm.de](http://www.bfarm.de)) umfangreiche Informationen und Warnhinweise rund um Covid-19 darstellen.

In bestimmten Notsituationen wie jetzt können wir über sogenannte Sonderzulassungen Medizinprodukten den Marktzugang ermöglichen, das gilt z.B. für neue Testverfahren zum direkten Nachweis des Virus für eine akute Diagnose oder dem Nachweis von Antikörpern gegen das Virus, die für eine durchgemachte Covid-Erkrankung sprechen. Dazu zählen aber auch Sonderzulassungen für medizinische Masken vom einfachen Mund-Nasen-Schutz bis hin zur FFP-2-Maske, die kein europäisches CE-Kennzeichen besitzen. Unsere Experten haben hier mit dem TÜV zusammen umfangreiche Prüfkriterien entwickelt, um den Import von diesen Schutzmasken aus aussereuropäischen Ländern zur Behebung der lange bestehenden Engpasssituation zu ermöglichen.

In enger Abstimmung mit dem Bundesgesundheitsministerium beobachten wir auch sehr genau die Entwicklung des Arzneimittelverbrauchs, um mögliche Lieferengpässe, die in der Pandemie-Situation versorgungsrelevant werden könnten, frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.

Die Beschäftigten des BfArM sehen gerade jetzt bei Covid-19 wie relevant ihre Arbeit für einen nicht unwesentlichen Teil der Gesundheitsversorgung ist. Sie sind mit hoher Expertise und mit grossem Engagement bei diesen prioritären Themen für die Versorgung der Patientinnen und Patienten dabei. Dabei unterstützen wir natürlich so gut wie möglich unseren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, wie wir kürzlich bei einem gemeinsamen Auftritt in der Bundespressekonferenz zeigen konnten. Insgesamt hat sich im bisherigen Verlauf der Pandemie aber bestätigt, dass wir eines der besten Gesundheitssysteme der Welt haben.

## Terminhinweise

Aus unserem Mitgliederbrief haben Sie bereits erfahren, dass wir die für den 16. Mai 2020 geplante Wiederholung der **Aufstellungsversammlung für die Ratswahl** (s. Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 20. Dezember 2019) entsprechend den Empfehlungen unseres Landesverbandes auf den **13. Juni 2020** verschieben. Die Vorbereitung und Durchführung der Aufstellungsversammlung erfolgen selbstverständlich in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden und unter Beachtung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln.

**Bei Redaktionsschluss** war noch nicht absehbar, ab wann Präsenzveranstaltungen wieder möglich sind. Schauen Sie dafür bitte regelmäßig auf die Terminseite unter [www.cdu-bonn.de](http://www.cdu-bonn.de)

## Standpunkt

# Hoffnung auch für die Zeit danach

■ Von *Susanne Schäfer*, CDU-Mitglied, Medizinisch-Technische Assistentin (MTA-Labor)



Jede Krise ist (Gefahren-) Höhepunkt und zugleich Wendepunkt mit der Chance zu Neuem. So sicher auch die Corona-Krise oder-Pandemie. Die Bescheinigung einer systemrelevanten Berufstätigkeit gleich zu Beginn der politischen Entscheidungsprozesse war der erkennbare Auftakt in eine neue, zumindest andere, Zeit. Und zugleich das Signal, dass gravierende Einschnitte und Änderungen in und für Staat und Gesellschaft folgen sollten und vielleicht weiter eintreten werden. Über den „Lockdown“, das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, kann niemand heute schon mit Bestimmtheit sagen, was dies dauerhaft mit uns, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie der Politik machen wird.

Der Gesundheitssektor erfuhr schlagartig eine nie dagewesene Aufmerksamkeit und Anerkennung, wobei insbesondere die Pflegeberufe in den öffentlichen Fokus rückten. Eigentlich sollte das immer selbstverständlich gewesen sein. Arbeitsbelastung, Unterbezahlung, Respekt u.v.a. Punkte sind auf einmal in den Vordergrund gerückt – gut so! Gut, wenn den Worten Taten folgen und es nicht bei einem einmaligen Gehaltszuschlag bleibt, sondern eine grundlegende, dauerhafte besserbezahlung die Konsequenz sein wird und sich die schönen Worte nicht als Sonntagsreden entlarven.

Gut so, wenn das Krankenhaussystem grundlegend, mit der Bereitschaft zu Konsequenzen, auf den Prüfstand kommt. Profitieren kann und darf nicht im Vordergrund stehen und zudem auf dem Buckel der Beschäftigten einerseits und der Versorgungssicherheit andererseits erfolgen. Spekulant\*innen müssen außen vor bleiben – der Mensch im Vordergrund stehen.

Gut, wenn die aus den vorher genannten Punkten zwingend resultierenden Mehrkosten ohne Aufschrei dann getragen werden. Auch wenn es momentan anders den Schein haben könnte: Es fällt kein Geld vom Himmel. Schön, wenn die „Freundschaft“ mit den Beschäftigten in den unteren Gehaltsklassen nicht aufhören würde.

Lücken und Engpässe bei der Medikamentenversorgung ist seit längerer Zeit ein Problem, aber schlichtweg ignoriert oder gelehnt worden und plötzlich offenkundig und endlich ein Thema. Spätestens im Zusammenhang mit der NICHT-Versorgung von Atemschutzmasken. Gut, wenn die Konsequenz eine nationale oder EU-Autarkie bei der Produktion und Vermarktung in diesem Sektor nach sich ziehen würde.

Toll, die Solidarität zu sehen und miterleben zu können, im beruflichen und persönlichen Umfeld. Gut, wenn die allzu oft Ich-bezogene Gesellschaft diese Solidarität und weithin spürbare Gelassenheit dauerhaft verinnerlichen würde – auch für die „Zeit danach“.

Und ebenso gut, wenn auch die vielen anderen „Systemrelevanten“ den Respekt und die Anerkennung erfahren, den sie verdienen. Jeder/e an seiner/ihrer Stelle. Jeder Mensch in der Gesellschaft hat seine Würde und damit Bedeutung und Achtung verdient.

Und: Gut, dass über Freiheit und Grundrechte diskutiert wird. Und auch Politiker\*innen im Moment einmal – ansatzweise – Respekt und Dank erfahren. Denn Freiheit alleine ist nichts, aber ohne Freiheit ist – letztlich und dauerhaft – alles nichts.

COVID-19



## HINWEISE FÜR DIE AUFSTELLUNGSVERSAMMLUNG

- Bringen Sie gerne Ihren eigenen Mund-Nasen-Schutz sowie Kugelschreiber mit
- Denken Sie an Ihren Personalausweis
- Für eine bessere Planbarkeit, bitten wir darum, dass Sie sich nach Möglichkeit vorab als Teilnehmer unter [veranstaltung@cdu-bonn.de](mailto:veranstaltung@cdu-bonn.de) oder 0228/917780 anmelden. Ihre Anmeldung ist selbstverständlich unverbindlich. Sie können natürlich auch ohne vorherige Anmeldung teilnehmen, solange Sie die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- Bitte erscheinen Sie frühzeitig! Damit helfen Sie sich und anderen, Wartezeiten durch Schlangestehen zu vermeiden.
- Bitte desinfizieren Sie sich bei Betreten des Maritim Hotels ausreichend Ihre Hände!
- Bitte halten Sie sich an die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Metern zu jeder anderen Person, auch gekennzeichnet durch die Markierungen auf dem Boden. Dieses Abstandsgebot gilt auch während der Versammlung.



[www.cdu-bonn.de](http://www.cdu-bonn.de)



[facebook.com/cdu-bonn](https://facebook.com/cdu-bonn)



[twitter.com/cdu\\_bonn](https://twitter.com/cdu_bonn)

#### **Herausgeber**

CDU-Kreisverband Bonn  
Carl-Troll-Straße 63  
53115 Bonn

Telefon 0228 91 77 80

Telefax 0228 91 77 888

E-Mail [unionkurier@cdu-bonn.de](mailto:unionkurier@cdu-bonn.de)

[www.cdu-bonn.de](http://www.cdu-bonn.de)

**Bank:** Sparkasse KölnBonn

BIC: COLSDE33XXX

**IBAN:** DE19370501980031026008

#### **Redaktion**

Stephan Masseling (v.i.S.d.P.), Alisa Topp

#### **Bildrechte:**

CDU-Kreisverband Bonn

#### **Titelbild:**

CDU-Kreisverband Bonn

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

#### **Verlag, Layout & Druck:**

Union Betriebs-GmbH  
Egermannstraße 2  
53359 Rheinbach

Telefon 02226 802-0

Telefax 02226 802-111

E-Mail [info@ubgnet.de](mailto:info@ubgnet.de)

Web [www.ubg365.de](http://www.ubg365.de)

#### **Hinweise:**

Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

Die in der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt an: **[unionkurier@cdu-bonn.de](mailto:unionkurier@cdu-bonn.de)**! Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

## **Redaktionsschluss 15. Juli 2020**

für die Doppelausgabe August/September des Union Kuriers 2020. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. Oktober 2020 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter [www.cdu-bonn.de](http://www.cdu-bonn.de)